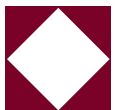


Christopher Köth

Vorinsolvenzliches Sanierungsverfahren und alternative Reformmodelle

Überlegungen zur verfahrensrechtlichen Effektivierung
und Incentivierung von Sanierungsbemühungen



Nomos

Studien zum Gesellschaftsrecht

herausgegeben von

Prof. Dr. Ulrich Haas

Prof. Dr. Detlef Kleindiek

Prof. Dr. Christoph Teichmann

Band 15

Christopher Köth

Vorinsolvenzliches Sanierungsverfahren und alternative Reformmodelle

Überlegungen zur verfahrensrechtlichen Effektivierung
und Incentivierung von Sanierungsbemühungen



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Würzburg, Univ., Diss., 2019

ISBN 978-3-8487-6419-8 (Print)

ISBN 978-3-7489-0510-3 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde von der Juristischen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg im Wintersemester 2015/16 als Dissertation angenommen. Sie entstand während meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am dortigen Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Deutsches und Europäisches Handels- und Gesellschaftsrecht. Das Manuskript wurde für die Drucklegung umfassend überarbeitet. Rechtsprechung und Kommentarliteratur befinden sich auf dem Stand der Disputation aus Mai 2019, übrige Literatur wurde punktuell eingearbeitet. Die jüngsten, nach Einreichung dieser Arbeit eingetretenen europäischen Entwicklungen des Themas, insbesondere die im Juli 2019 in Kraft getretene Richtlinie über präventive Restrukturierungsrahmen, konnten für die Arbeit nicht mehr im Detail analysiert werden, sind jedoch in die Gesamtbewertung eingeflossen.

Die rechtsvergleichenden Teile der Untersuchung zum englischen Recht sind während eines Forschungsaufenthalts an der Universität Oxford entstanden.

Mein aufrichtiger Dank gilt zuerst Herrn Professor Dr. Christoph Teichmann, meinem Doktorvater, für die stets wohlwollende und fördernde Begleitung des Promotionsvorhabens, für den gewährten wissenschaftlichen Freiraum sowie konstruktive Anregungen zu Struktur und Inhalt der Arbeit. Frau Professor Dr. Inge Scherer schulde ich Dank für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Herrn Dr. Manfred Balz danke ich herzlich für wertvolle Diskussionen von Teilfragen der Arbeit. Bei der Hanns-Seidel-Stiftung bedanke ich mich für die großzügige finanzielle Unterstützung im Rahmen des Promotionsstipendiums.

Tief empfundener Dank gilt schließlich meinen Eltern, die mich während meiner gesamten Ausbildung in jeder erdenklichen Form selbstlos unterstützt haben. Das hat mir immer sehr viel bedeutet. Den größten Dank schulde ich jedoch Daniele Eck, die mir in allen Phasen der Arbeit die Kraft und die Zuversicht gab, das Dissertationsvorhaben zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Ohne sie wäre die Arbeit nicht in dieser Form entstanden. Ihr und meiner Familie ist diese Arbeit in tiefer Dankbarkeit und Liebe gewidmet.

Würzburg, im November 2019

Christopher Köth

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	31
Kapitel 1: Einführung	37
A. Systematisierungslinien im Insolvenz- und Sanierungsrecht – Von der Eurokrise zur Unternehmenssanierung	37
B. Ziel, Gang und Methodik der Untersuchung	51
Kapitel 2: Wirtschaftliche und rechtliche Grundlagen der Unternehmenssanierung	56
A. Begriff und Stadien einer Unternehmenskrise	56
B. Modus der Krisenbewältigung	61
C. Sanierung von Unternehmen und Unternehmensträgern	65
Kapitel 3: Der Ruf nach einem vorinsolvenzlichen Sanierungsverfahren	70
A. Konkretisierung der Themenstellung	70
B. Verlauf der rechtspolitischen Diskussion	73
C. Bestandsaufnahme: Vorinsolvenzliche Sanierung in Deutschland vor ESUG	93
Kapitel 4: Sanierung durch Insolvenzplan in Eigenverwaltung de lege lata	158
A. Die Eigenverwaltung im Insolvenzverfahren	158
B. Reorganisation mittels Insolvenzplan	273
C. Zusammenfassende Beurteilung	344
Kapitel 5: Rechtsvergleichende Umschau	346
A. Überblick	346
B. England	347
C. Frankreich	369

Inhaltsübersicht

D. Italien	376
Kapitel 6: Ein vorinsolvenzliches Sanierungsverfahren für Deutschland? – Stand und Perspektiven	378
A. Status Quo: Bereichsspezifische vorinsolvenzliche Sanierungsmechanismen	378
B. Minimal- und maximalinvasive Reformmodelle	399
C. Elemente eines effizienten vorinsolvenzlichen Sanierungsverfahrens	444
Kapitel 7: Zusammenfassende Würdigung und Ausblick	643
Literaturverzeichnis	657

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	31
Kapitel 1: Einführung	37
A. Systematisierungslinien im Insolvenz- und Sanierungsrecht – Von der Eurokrise zur Unternehmenssanierung	37
I. Makro- und mikroökonomische Implikationen der globalen Finanzkrise	38
II. Insolvenzrechtliches „Forum Shopping“ als rechtstatsächliches Phänomen	39
1. Sanierungsmotivierte COMI-Verlagerungen: Company Voluntary Arrangement als Wettbewerbskatalysator	39
2. Migrationslose Rechtsarbitrage: Das Scheme of Arrangement	42
III. Ernüchternde empirische Bilanz der Insolvenzordnung	45
IV. Krise des deutschen Sanierungsrechts: Reformdiskussion und Reaktion des Gesetzgebers	46
1. Umfassende und vielseitig geführte Reformdebatte	46
2. Koalitionsvertrag und Dreistufenplan des Bundesjustizministeriums	46
3. Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen	48
a) Ziele: Stärkung der Anreize für eine Frühsanierung und Etablierung einer Sanierungskultur	49
b) Umsetzung: Stärkung von Gläubigerbeteiligung, Eigenverwaltung und Insolvenzplan	50
c) Absage an ein gesondertes vorinsolvenzliches Sanierungsverfahren	50
B. Ziel, Gang und Methodik der Untersuchung	51
I. Analyse des Bedarfs für ein vorinsolvenzliches Sanierungsverfahren	52
II. Entwurf eines effizienten vorinsolvenzlichen Sanierungsrahmens und rechtspolitische Empfehlung	53
III. Thematische Begrenzung: Heraufziehende Insolvenz einer singulären, nicht grenzüberschreitenden Gesellschaft	55

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 2: Wirtschaftliche und rechtliche Grundlagen der Unternehmenssanierung	56
A. Begriff und Stadien einer Unternehmenskrise	56
I. Betriebswirtschaft	56
II. Rechtswissenschaft	59
B. Modus der Krisenbewältigung	61
I. Die Wahl zwischen Sanierung und Liquidation	61
II. Rechtsträgersanierung versus übertragende Sanierung	63
C. Sanierung von Unternehmen und Unternehmensträgern	65
I. Definitorisches und Terminologisches	65
II. Finanz- und leistungswirtschaftliche Sanierung	66
1. Finanzwirtschaftliche Maßnahmen	66
a) Eigenkapitalbezogene Maßnahmen	67
b) Fremdkapitalbezogene Maßnahmen	67
2. Leistungswirtschaftliche Maßnahmen	68
Kapitel 3: Der Ruf nach einem vorinsolvenzlichen Sanierungsverfahren	70
A. Konkretisierung der Themenstellung	70
I. Zielsetzung und Grundcharakter	70
II. Terminologisches	72
B. Verlauf der rechtspolitischen Diskussion	73
I. Rückschau	73
1. Diskussion auf dem Deutschen Juristentag 1867	73
2. Konkursordnung 1877 und Vergleichsordnungen 1927/1935	73
3. Reformkommission 1978 und nachlaufende Diskussion der 80er Jahre	75
a) Absage an ein Insolvenzverhütungsverfahren	76
b) Schaffung eines Einheitsinsolvenzverfahrens	78
II. Jüngere rechtspolitische Diskussion	79
1. Ursprünglich: Geplante zweite Stufe der Insolvenzrechtsreform	79
2. Meinungsbild in der Reformdiskussion	81
3. Abkehr vom Gedanken eines vorinsolvenzlichen Sanierungsverfahrens und Bewährungsprobe für Schutzschirmverfahren	86

III. Entwicklungen auf europäischer Ebene	88
1. Empfehlung der Europäischen Kommission zur Einführung vorinsolvenzlicher Sanierungsverfahren	88
a) Zielrichtung und wesentliche Eckpfeiler des Vorschlags	88
b) Impulse für die rechtspolitische Diskussion hierzulande?	89
2. Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie über präventive Restrukturierungsrahmen vom 22.11.2016	91
C. Bestandsaufnahme: Vorinsolvenzliche Sanierung in Deutschland vor ESUG	93
I. Untersuchungsperspektive	93
II. Außergerichtliche Unternehmenssanierung	94
1. Wesen	94
2. Vorteile	95
3. Rechtliche Risiken und Hindernisse	97
a) Gläubiger: Akkordstörerrechtsprechung und Trittbrettfahrerproblematik	98
(1) Gefangenendilemma und Kollektivhandlungsrisiko	98
(2) Akkordstörerrechtsprechung des BGH	99
(3) Alternativmodelle zur Überwindung von Blockadepotential	100
(a) Interessengemeinschaft unter den Gläubigern einer notleidenden Gesellschaft	101
(i) Idee	101
(ii) Kritische Würdigung	103
(b) Eidenmüller: Kooperationspflichten in der Unternehmenskrise	107
(i) Konzept und rechtsdogmatische Ableitung	107
(ii) Kritische Würdigung	108
(4) Zwischenergebnis	114
b) Reichweite der Sanierungspflicht der Gesellschafter	115
(1) Eingrenzende Judikate	116
(a) Girmes-Entscheidung	116
(b) „Sanieren oder Ausscheiden“	117
(2) Gesellschaftsbezogene Schutzdimension der Treuepflicht	119

Inhaltsverzeichnis

c)	Abzug notwendiger Betriebsmittel durch gesicherte Gläubiger	120
d)	Anfechtung vorinsolvenzlicher Sanierungsmaßnahmen	122
(1)	Besicherung eines Sanierungskredits	122
(a)	Drohende Vorsatzanfechtung	122
(b)	Privilegierung ernsthafter Sanierungsversuche	124
(c)	Risikoabschätzung	127
(2)	Sanierungsberatung	128
e)	Insolvenzverschleppungshaftung von Kreditinstituten	129
(1)	Gewährung eines Sanierungskredits	129
(2)	Gewährung eines Überbrückungskredits	133
f)	Damoklesschwert der Insolvenzantragspflicht	134
4.	Zeitlich begrenzte Komplementarität von außergerichtlicher und gerichtlicher Sanierung	135
a)	Sachlich-inhaltliche Regelungentsprechungen	135
b)	Koppelung der insolvenzrechtlichen Sanierung an das Vorliegen eines Insolvenzgrundes	137
5.	Sanierung durch Insolvenz: Rechtspraktischer Befund und Ursachenforschung	137
a)	Empirie	137
(1)	Kein Rückgriff auf § 18 InsO	137
(2)	Darüber hinaus: regelmäßig verspätete Antragstellung	138
b)	Gründe	140
(1)	Verkennen von Krisenanzeichen und Nichterkennen des Insolvenzeintritts	140
(2)	Stigma der Insolvenz: Synonym für wirtschaftliches und persönliches Scheitern	141
(3)	Angst vor Kontrollverlust und fehlende personelle Planbarkeit	143
III.	Adressierung des Reformbedarfs über ein vorinsolvenzliches Sanierungsverfahren?	145
1.	Vorzüge eines vorinsolvenzlichen Sanierungsverfahrens	145
a)	Vermeidung des Insolvenzstigmas und Anreizwirkung	145
b)	Zunehmend erschwerte Gläubigerkoordination	146

c)	Nicht selten: Isoliertes Bedürfnis nach finanzwirtschaftlicher Sanierung	149
d)	Flankierende verfahrensrechtliche Unterstützung vorinsolvenzlicher Sanierungsbemühungen	150
2.	Wesentliche Argumente gegen die Schaffung eines vorinsolvenzlichen Sanierungsverfahrens	151
a)	Rückfall in längst überwunden geglaubte Rechtszustände und Entwertung des Insolvenzplanverfahrens als Sanierungsinstrument	151
b)	Abbau des Stigmas durch Modernisierung der Insolvenzordnung	153
c)	Gefahr der Insolvenzverschleppung	155
d)	Gefahr von Systembrüchen und Abgrenzungsschwierigkeiten	155
e)	Gefahr der Überregulierung und Übersanierung	156
Kapitel 4: Sanierung durch Insolvenzplan in Eigenverwaltung de lege lata		
		158
A.	Die Eigenverwaltung im Insolvenzverfahren	158
I.	Der Blick zurück: Eigenverwaltung der Insolvenzordnung 1999	158
II.	Sinnhaftigkeit dieses Rechtsinstituts	159
III.	Eigenverwaltung vor ESUG	162
1.	Rechtstatsächlicher Befund	162
2.	Gründe für die verhältnismäßig geringe Akzeptanz	162
a)	Negative Präjudizierung des Eigenverwaltungsantrags	163
b)	Keine rechtssichere Aussicht auf Anordnung der Eigenverwaltung	164
IV.	Die Antwort des ESUG	165
1.	Stärkung der Eigenverwaltung	165
2.	Neue Regelungssystematik im Überblick	166
a)	Vorläufige Eigenverwaltung gemäß § 270a InsO	166
b)	Schutzschirmverfahren gemäß § 270b InsO	167
(1)	Gesetzgeberische Intention und systematische Verortung	167
(2)	Verfahrenscharakteristik	169

Inhaltsverzeichnis

V. Modifikationen des eröffneten Eigenverwaltungsverfahrens (§ 270 InsO)	170
1. Herabgesetzte Zugangshürden und erschwerte Beendigung	170
a) Das Erfordernis des Fehlens gläubigerbenachteiligender Umstände	171
b) Einfluss der Gläubiger auf die Anordnung der Eigenverwaltung	174
(1) Streichung der Zustimmungspflicht bei Gläubigerantrag	174
(2) Fiktion fehlender Gläubigernachteile bei einstimmigem Gläubigervotum	175
c) Erschwerte Beendigung einer angeordneten Eigenverwaltung	176
2. Kritische Würdigung	177
a) (Noch immer) fehlende rechtssichere Aussicht auf Eigenverwaltung	177
b) Keine Umkehr des Regel-Ausnahme-Verhältnisses	179
c) Außergerichtliche Kommunikation und Präjudizierung über das Eigenverwaltungsvorverfahren	180
3. Begrenzung der gesellschaftsrechtlichen Überwachungskompetenzen (§ 276a InsO)	181
VI. Vorläufiges Eigenverwaltungsverfahren (§ 270a InsO)	183
1. Regelungsinhalt und Intention des Gesetzgebers	183
2. Fehlende offensichtliche Aussichtslosigkeit des Eigenverwaltungsantrags	184
a) Inhaltlicher und zeitlicher Bezugspunkt	184
b) Herabgesetzte Prüfungsintensität des Richters	186
c) Besonderheiten bei Sanierungssachverhalten?	187
d) Instanzgerichtliche Judikate	188
3. (Nur) Regelhafte Rechtsfolge: Verzicht auf vorläufige Fremdverwaltung	189
a) Kein Anspruch auf vorläufige Eigenverwaltung	190
b) Bestellung eines vorläufigen Sachwalters	191
(1) Rechtsstellung und Aufgabenbereich	191
(2) Auswahl des vorläufigen Sachwalters	192
c) Sicherungsmaßnahmen im Übrigen	192
(1) Partielle Geltung der §§ 21, 22 InsO	192

(2) Kein beschränkter Zustimmungsvorbehalt zugunsten des vorläufigen Sachwalters	193
(3) Aufhebung der Bestellung des vorläufigen Sachwalters?	194
d) Kritische Würdigung	195
4. Zur Frage der Begründung von Masseverbindlichkeiten	197
a) Meinungsbild in Rechtsprechung und Literatur	197
b) Stellungnahme	199
(1) Wesen und Notwendigkeit von Masseverbindlichkeiten	199
(2) Keine Sperrwirkung des § 270b Abs. 3 InsO	200
(3) Notwendigkeit einer gerichtlichen Ermächtigung und Rechtsgrundlage	202
(4) Keine Ermächtigung unter Zustimmungsvorbehalt	204
(5) Einzel- oder Globalermächtigung?	205
c) Zwischenergebnis	206
5. Recht zur Antragsrücknahme nach § 270a Abs. 2 InsO	206
a) Regelungszweck	206
b) Zeitlich determinierter Anwendungsbereich	207
c) Kritische Würdigung: Beträchtlich eingeschränkter Anwendungsbereich für krisenbefallene Kapitalgesellschaften	208
d) Zwischenergebnis	213
6. Zwischenresümee zu §§ 270, 270a InsO	213
VII. Schutzschirmverfahren (§ 270b InsO)	215
1. Anordnungsvoraussetzungen	215
a) Materielle Eintrittsvoraussetzungen	216
(1) Erstens: Höchstens drohende Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung	216
(2) Zweitens: Fehlende offensichtliche Aussichtslosigkeit der angestrebten Sanierung	219
(3) Drittens: Fehlende offensichtliche Aussichtslosigkeit des Eigenverwaltungsantrags	220
b) Nachweis der Eintrittsvoraussetzungen: Erfordernis einer fachkundigen Bescheinigung	221
(1) Person des Ausstellers der Bescheinigung	221
(2) Inhalt der Bescheinigung	223
(a) Begründungstiefe bezüglich Insolvenzgrund	223

Inhaltsverzeichnis

(b) Begründungstiefe bezüglich Sanierungsprognose	224
(3) Prüfungsintensität des Insolvenzgerichts	226
(4) Fazit	229
2. Anordnung des Schutzschirms	229
a) Fristsetzung	229
b) Sicherungsmaßnahmen	230
c) Begründung von Masseverbindlichkeiten	231
3. Beendigung des Schutzschirmverfahrens und Folgeentscheidungen	233
a) Vorzeitige Aufhebung	233
b) Ablauf der Schutzfrist	235
4. Pflicht zur öffentlichen Bekanntmachung des Schutzschirmverfahrens?	235
a) Ermessensentscheidung des Insolvenzrichters	235
b) Eigeninteresse des Insolvenzschuldners an informierter Gläubigerschaft	238
c) Fazit	239
5. Notwendigkeit eines stattgebenden Gesellschafterbeschlusses im Innenverhältnis?	239
a) Fakultativer Eintritt in das Insolvenzverfahren als Grundlagengeschäft	240
b) Abweichende Beurteilung bei Aktiengesellschaften?	242
c) Behandlung des Schutzschirmverfahrens	247
d) Zwischenergebnis	248
6. Haftung des Ausstellers der Bescheinigung für schuldhaft unrichtige Angaben	249
a) Problemskizze	249
b) Haftung aus Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	250
c) Haftungsbegründende Kausalität	253
d) Unzulässigkeit einer drittwirkenden Haftungsbegrenzung	253
e) Ergebnis	254
7. Kritische Würdigung des Schutzschirmverfahrens	255
a) Missbrauchsgefahr?	255
b) Fragilität	257
c) Fehlen eines umfassenden Moratoriums	259
d) Verfahrensstrukturelle Einbettung in das bestehende Einheitsinsolvenzverfahren	260

VIII. Gesamtresümee zum reformierten Eigenverwaltungsverfahren	261
1. Fehlsteuerung des vorläufigen Eigenverwaltungsverfahrens	261
a) Attraktivitätsvergleich zwischen § 270a und § 270b InsO	261
b) Unterlaufen der mit § 270b InsO intendierten Anreizwirkung durch § 270a InsO	265
2. Niedriges Anreizpotential mit Blick auf frühzeitige Insolvenzantragstellung	266
a) Schutzschirmverfahren: Kein Eintritt im Vorfeld drohender Zahlungsunfähigkeit	266
b) Keine rechtssichere Erwartung auf Anordnung der Eigenverwaltung	268
3. Verfehlte Steuerungswirkung des neuen Eigenverwaltungsrechts	268
a) Unklare Filterfunktion	268
b) Rechtsökonomische Begründung einer effizienten Eigenverwaltungslösung	269
4. Zusammenfassung und rechtstatsächliche Befunde	270
B. Reorganisation mittels Insolvenzplan	273
I. Gesetzgeberische Konzeption und verfahrensstrukturelles Vorbild	273
II. Ablauf	274
III. Schwachstellen des alten Insolvenzplanverfahrens	276
1. Fehlende Eingriffsmöglichkeit in Anteilseignerrechte	276
a) Gesellschafter nicht Planbeteiligte	276
b) Kein Debt-Equity-Swap gegen den Willen der Gesellschafter	277
c) Alternativkonzepte	278
2. Rechtsmittelanfälligkeit des Planverfahrens	279
IV. Das neue Insolvenzplanverfahren	281
1. Verfahrensbeschleunigung durch Abbau von Obstruktionspotential	281
a) Lösung des ESUG im Überblick	281
b) Beschränkung der Rechtsbehelfsmöglichkeiten	282
(1) Detaillierte Normierung bei gleichzeitiger Verschärfung der Beschwerdevoraussetzungen	282
(2) Neues Freigabeverfahren nach § 253 Abs. 4 InsO	286

Inhaltsverzeichnis

c)	Verkürzung des Minderheitenschutzes	288
(1)	Blockadeproblematik	288
(2)	Kompensation einer etwaigen Schlechterstellung über Ausgleichsmittel im Plan	290
(3)	Kritische Bewertung	291
d)	Notwendigkeit weiterer Reformen?	292
2.	Einbeziehung der Gesellschafter in den Insolvenzplan	294
a)	Inhalt der Neuregelungen	295
(1)	Planinhalt	295
(2)	Verfahrensrechtliche Einbeziehung der Gesellschafterrechte	296
b)	Rechtsstellung der Altgesellschafter im reformierten Insolvenzplanverfahren	297
(1)	Makulatur der planverfahrensrechtlichen Garantien?	297
(2)	Der größere Zusammenhang: Geltungskonflikte von Gesellschafts- und Insolvenzrecht	302
c)	Insolvenzplanrechtlicher Debt-Equity-Swap	307
(1)	Begrifflichkeiten, verwandte Konstruktionen und Vorzüge	307
(2)	Rechtstechnische Umsetzung	309
(a)	Nominelle Kapitalherabsetzung	309
(b)	Effektive Sachkapitalerhöhung durch Forderungseinbringung	310
(c)	(Vollständiger) Ausschluss des Bezugsrechts von Altgesellschaftern?	315
(i)	Meinungsstand	316
(ii)	Stellungnahme	317
d)	Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht: verfassungs- und europarechtliche Anforderungen	322
(1)	Faktischer Ausgangspunkt: Anteilsverlust bei mindestens überschuldeter Gesellschaft	322
(2)	Eigentumsfreiheit der Anteilseigner gemäß Art. 14 Abs. 1 GG	322
(a)	Debt-Equity-Swap als Inhalts- und Schrankenbestimmung	324
(b)	Verfassungsrechtliche Zulässigkeit: Interessenabwägung	324
(c)	Entzug der Entscheidungskompetenz	328

(d) Höhe der Entschädigung bei Werthaltigkeit der Anteile	329
(3) Vereinigungsfreiheit gemäß Art. 9 Abs. 1 GG	331
(a) (Partieller) Entzug des Anteilseigentums	331
(b) Negative Vereinigungsfreiheit	334
(4) Supranationale Vorgaben	335
(5) Zwischenergebnis	340
3. Auswirkungen auf die Anreizsituation zur rechtzeitigen Einleitung verfahrensgestützter Sanierungsbemühungen	341
C. Zusammenfassende Beurteilung	344
Kapitel 5: Rechtsvergleichende Umschau	346
A. Überblick	346
B. England	347
I. Company Voluntary Arrangement	347
1. Verfahrenscharakteristika	347
2. Verfahrensablauf	349
3. Mögliche Regelungsinhalte	350
4. Reichweite der Bindungswirkung	351
5. Zwischenergebnis	353
II. Scheme of Arrangement	354
1. Rechtsregime, Rechtsnatur, Verfahrenstypizität	354
a) Vergleichsplanverfahren mit hoher Flexibilität	354
b) Solvent und Insolvent Schemes of Arrangement: Restrukturierungsverfahren außerhalb und innerhalb der materiellen Insolvenz	356
2. Verfahrensablauf	358
a) Abschluss einer Sanierungsvereinbarung, Anfertigung der Scheme-Dokumentation und Practice Statement Letter	359
b) Gerichtliches Verfahren: Dreistufiger Verfahrensprozess	360
(1) Verfahrenseinleitung auf Antrag	360
(2) Meetings hearing und Explanatory statement	363
(3) Creditors' Meeting(s)	364
(4) Gerichtliche Bestätigung und Hinterlegung einer Kopie beim Gesellschaftsregister	365
c) Vor- und Nachteile im Wettbewerb der vorinsolvenzlichen Restrukturierungsrechte	366

Inhaltsverzeichnis

d) Fazit	369
C. Frankreich	369
I. Entwicklung des präventiven Regelungsansatzes	370
II. Kurzcharakteristik der vorinsolvenzlichen Sanierungshilfen	372
1. Mandat ad hoc	372
2. Procédure de Conciliation	373
3. Procédure de Sauvegarde und ihre zwei Unterformen	374
D. Italien	376
 Kapitel 6: Ein vorinsolvenzliches Sanierungsverfahren für Deutschland? – Stand und Perspektiven	 378
A. Status Quo: Bereichsspezifische vorinsolvenzliche Sanierungsmechanismen	378
I. Historisch	378
1. Soft Law: Außergerichtliche Vergleichsordnung von Karl Künne	378
2. Gesetzliche Sanierungsmechanismen	379
a) Vergleich nach der Vergleichsordnung	379
b) Zwangsvergleich nach der Konkursordnung	381
II. Aktuell	382
1. Sanierung nach deutschem Schuldverschreibungsgesetz: Majorisierungsmechanismus des § 5 SchVG	382
a) Rechtsentwicklung	382
b) Wesentliche Regelungsinhalte des neuen Schuldverschreibungsrechts	383
c) Beschränkte Unterstützung einer ganzheitlichen Unternehmenssanierung	385
2. Kreditinstitute-Reorganisationsgesetz	385
a) Hintergrund, Regelungsanliegen und europäische Entwicklungen	385
b) Sanierungsverfahren	388
(1) Einleitung und Eröffnung	388
(2) Sanierungsplan	389
(3) Durchführung und Abschluss	390
c) Reorganisationsverfahren	391
(1) Einleitung und Eröffnung	391
(2) Reorganisationsplan	394
(a) Inhalt	394
(b) Abstimmungsprozedere	397

(3) Bestätigungsverfahren und Rechtsfolgen	398
d) Zwischenfazit	399
B. Minimal- und maximalinvasive Reformmodelle	399
I. Madaus: Fortentwicklung des Insolvenzplans in eine Bestätigungsinsolvenz	401
1. Konzept	401
a) Regelungsmechanismus im US-Insolvenzrecht: Kombination aus prepackaged und pre-voted bankruptcy	401
b) Transformation ins deutsche Insolvenzrecht	403
2. Kritische Würdigung	404
a) Feststellung der Stimmberechtigung und dogmatische Brüche	405
b) Übertragbarkeit empirischer Ergebnisse aus den USA?	406
c) Begrenzter Anwendungsbereich versus ganzheitliche Lösung	406
d) Fragilität außergerichtlich erzielter Abstimmungsergebnisse	408
3. Resümee	409
II. Hirte: Verzicht auf ein gerichtlich organisiertes Insolvenzverfahren bei fehlendem Fremdantrag	409
1. Grundidee	409
a) Überwindung der Trennung von Gesellschafts- und Insolvenzrecht	409
b) Selbstorganschaft versus Fremdorganschaft	411
2. Kritische Würdigung	412
a) Nebeneinander zweier Insolvenzrechtsregime und Abgrenzungsschwierigkeiten	412
b) Gefahr der Dominanz von Großgläubigern	414
c) Keine Anreizsetzung für frühzeitige Auslösung von Sanierungsbemühungen	416
3. Resümee	417
III. Eidenmüller: Exklusive, rechtssichere Anordnung der Eigenverwaltung im (nachgewiesenen) Vorfeld materieller Insolvenz	418
1. Konzeption, prägende Elemente und Zielsetzung	418
2. Rechtssystematische und rechtspolitische Einordnung	420

Inhaltsverzeichnis

3. Filterfunktion der Versicherung fehlender materieller Insolvenz	422
a) Effizienter, weil rechtssicherer Eröffnungsmechanismus	422
b) Zeitliche Auswirkung des negativen Testats	423
c) Präzisierung des Testatinhalts: Rechtssicherheit versus Richtigkeit im Einzelfall	424
(1) Keine Missbrauchsgefahr durch gesunde Unternehmen	424
(2) Kein konkreter Nachweis der Sanierungsfähigkeit	425
(3) Eigenverwaltung stets sinnvoll im Vorfeld materieller Insolvenz?	426
4. Institutionelle Einwände	427
a) Gefahr der Bedeutungslosigkeit	427
(1) Verlust der gesellschaftsrechtlichen Einwirkungsbefugnis	429
(2) Kein spezifisch vorinsolvenzlicher Restrukturierungsmechanismus	430
(3) Gläubigergetriebenes Verfahren in der Vorinsolvenz	431
(a) Rechtsträgersanierung	433
(b) Liquidationsplan	434
(c) Übertragende Sanierung	435
(d) Negative Anreizeffekte	436
(4) Stigma der Insolvenz	437
(a) Ausstrahlungswirkung der Unternehmensliquidationen	437
(b) Stigma der Insolvenz und Folgefragen	438
b) Gefahr der Konturlosigkeit des Insolvenzverfahrens	439
5. Zwischenergebnis	441
6. Spannungsverhältnis zwischen wirksamer Anreizsetzung und Gewährleistung der Filterfunktion des Insolvenzrechts	442
C. Elemente eines effizienten vorinsolvenzlichen Sanierungsverfahrens	444
I. Konzeptionelle Ausrichtung	444
1. Vorbemerkungen	444
a) Primat der Haftungsverwirklichung und Ableitungen für einen Vorinsolvenzmechanismus	445

b) Begrenzte Leistungsfähigkeit des Rechtsvergleichs	447
2. Zielsetzung und Hauptcharakteristika eines vorinsolvenzlichen Sanierungsverfahrens	449
a) Zwecksetzung und Wirkungsweise	449
(1) Ermöglichung einer Majorisierung opponierender Gläubiger	449
(2) Verfahrensrechtliche Unterstützung und Effektivierung von Sanierungsbemühungen	450
(3) Absage an ein (staatlich begleitetes) Mediationsverfahren	451
b) Option und Anspruch	453
(1) Freiwilliges Verfahren	453
(2) Anspruch auf eigenverwaltetes Sanierungsverfahren bei frühzeitigem Antrag	455
c) Verhältnis zur Insolvenzordnung	456
(1) Vom Insolvenzverfahren separierter Mechanismus	456
(2) Orientierung an Regelungsmechanismen der Insolvenzordnung	457
3. Zwischenergebnis	458
II. Auslösung des Verfahrens	458
1. Optimaler Auslösetatbestand: Möglichkeit zur Disziplinierung von Akkordstörern	459
a) Spannungsverhältnis zwischen frühzeitiger Auslösung und verfassungsrechtlicher Sensibilität	459
b) Legitimation von Mehrheitsentscheidungen als zentrale Fragestellung	460
(1) Relevanter Zeitraum	460
(2) Ab wann besteht Haftungsgemeinschaft der Gläubiger?	461
(a) Legitimation einer Kollektivierung der Gläubigerbeziehungen	461
(b) Ungeeignetheit der drohenden Zahlungsunfähigkeit	463
2. Auslösungszeitpunkt und verfahrensrechtliche Umsetzung	464
a) Rechtsvergleichende Umschau	464
b) Bilanzielle Betrachtungsweise	466
(1) Orientierung an rechnerischer (bilanzieller) Überschuldung	466

Inhaltsverzeichnis

(2) Faktischer Zuschnitt auf stark fremdfinanzierte Gesellschaften und Eingriffslegitimation	469
(3) Kritische Würdigung der bilanziellen Betrachtung	470
(a) Positiva	470
(b) Negativa	470
(i) Signifikante Gefahr verfassungswidriger Eingriffe bei Nutzung durch prospektiv gesunde Unternehmen	471
(ii) Maßgeblichkeit einer Prognosebetrachtung: zeitraum-, nicht zeitpunktsbezogene Betrachtung	472
(iii) Verfassungsrechtliches Erfordernis: Mindestens latente Wertminderung	473
(4) Zwischenergebnis	474
c) Prognostische Betrachtungsweise	474
(1) Bankensanierung und KredReorgG	475
(2) Drohende materielle Insolvenz	476
(3) Anknüpfung an eine abstrakt verstandene Sanierungsbedürftigkeit	478
(4) Zwischenergebnis	480
d) Vorlage eines Sanierungsgutachtens als Auslösetatbestand	480
(1) Regelungsvorschläge	480
(2) Kritische Würdigung	481
e) Maßgeblichkeit einer isoliert krisengebundenen Verfahrensauslösung	484
f) Eigene Position: Verzicht auf positive Formulierung eines Mindestkrisenstadiums und ausschließliche Steuerungswirkung eines negativen krisenbezogenen Testats	487
(1) Konzept	487
(2) Verfahrensrechtliche Umsetzung: Fachkundige Bescheinigung über das kumulative Nichtvorliegen von Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit	491
(a) Erfassung sämtlicher potentieller Fallgestaltungen	491
(b) Doppelte Eingrenzung des Auslösezeitraums	492
(c) Errichtung einer effektiven Drohkulisse	493

(3) Lokalisierung des Missbrauchspotentials und Missbrauchskorrektive	494
(a) Überblick	494
(b) Gefahr der Anlockung gesunder Unternehmen?	495
(i) Verfahrensimmanente Regulative	495
(ii) Additiv: Nachlaufende Missbrauchskontrolle	497
(iii) Subsidiär: Deliktische Haftung	499
(c) (Missbräuchlich) falsche Versicherung	499
g) Zwischenergebnis	500
3. Wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit des Schuldners	501
a) Kein Fremdantragsrecht der Gläubiger	501
b) Harmonisierung mit dem geltenden Organisationsrecht	503
c) Planvorlagerecht: Keine Planerstellungskompetenz der Gläubiger	504
III. Eröffnung des Verfahrens und ihre Wirkungen	505
1. Moratorium	505
a) Regulatorischer Hintergrund: Drohender Wettlauf der Gläubiger	505
b) Rechtsvergleichende Betrachtungen	507
c) Ausgestaltung im Einzelnen	508
(1) Konzeptionelle Vorüberlegungen	508
(2) Reichweite	509
(a) Inhaltlich	509
(b) Personell	513
(3) Automatische Anordnung versus Antragslösung	514
(4) Zeitliche Befristung	516
d) Zusammenfassung	519
2. Neutrale Instanzen	519
a) Gericht	520
(1) Notwendigkeit der Mitwirkung eines neutralen Spruchkörpers	520
(2) Beschränkte gerichtliche Kompetenzen	520
(3) Publizität: (Partielle) Diskretion des Verfahrens	522
(4) Zwischenergebnis	527
b) Sanierungssachwalter	527
(1) Notwendigkeit einer neutralen Aufsichtsperson	527

Inhaltsverzeichnis

(2) Ausgestaltung des Amtes: Anlehnung an Sachwalter des Schutzschirmverfahrens	530
(3) Bestellung und Auswahl des Sanierungssachwalters	531
(4) Personenidentität von Sanierungssachwalter und Insolvenzverwalter?	533
c) Ergebnis	533
IV. Sanierungsvergleich	534
1. Inhalt	534
a) Keine leistungswirtschaftliche Sanierung	534
b) Im Übrigen: Grundsatz der Gestaltungsfreiheit	535
c) Kein Eingriff in Gesellschafterrechte	535
(1) Vermeidung einer psychologischen Barriere	535
(2) Verfassungs- und europarechtliche Bedenken	536
(3) Ausreichende Steuerungswirkung der Rechtsprechung	537
2. Zustandekommen	538
a) Dokumentation	538
b) Verfahrensbeteiligte: Adressatenkreis auf Gläubigerseite	540
(1) Rechtsvergleichender Ertrag	540
(2) Meinungsstand in der rechtspolitischen Diskussion	542
(3) Grundsätzliche Einbeziehung aller Gläubiger?	543
c) Gruppenbezogener Abstimmungsmodus versus einheitliche Abstimmung	544
d) Kriterien der Gruppenbildung	545
(1) Rechtsvergleichender Blick	545
(2) Alternativ: Gesonderter, auf bestimmte Gläubigergruppen beschränkter Abstimmungsmechanismus?	546
(a) Mögliche Modelle	546
(b) Verletzung des Grundsatzes der Gläubigergleichbehandlung?	548
e) Effizienter Abstimmungsmechanismus	550
(1) Zentralität des „richtigen“ Mehrheitsquorums	550
(2) Rechtsvergleichender Untersuchungsertrag	551
(3) Denknwendige Rahmenbedingungen und Ableitung einer konkreten Mehrheitsregel	552
(4) Obstruktion einer gesamten Gläubigerklasse?	558

f)	Folgefragen	561
(1)	Reichweite der Bindungswirkung	561
(2)	Bemessungsgrundlage für die Ermittlung der Mehrheiten	561
(3)	Ausschließliche Bindung in Kenntnis gesetzter Gläubiger	562
g)	Zwischenergebnis	563
3.	Gerichtliche Bestätigung und Rechtsschutz	564
a)	Notwendigkeit gerichtlicher Bestätigung?	565
b)	Verfassungsrechtliche Vorgabe: Anspruch auf einmalige gerichtliche Entscheidung	567
c)	Modifikation des gesellschaftsrechtlichen Spruchverfahrens	568
d)	Fazit: Kombination aus beschränkter Bestätigungsentscheidung und optionalem Spruchverfahren	571
V.	Abstimmung mit der Insolvenzordnung: Überleitung in das Insolvenzverfahren und Anschlussinsolvenz	573
1.	Nachträglicher Eintritt eines zwingenden Insolvenzgrundes	573
a)	Problemstellung und Pfadabhängigkeiten	573
b)	Automatismus versus Flexibilität	574
c)	Kohärenzüberlegungen und Folgefragen	577
2.	Reaktion auf ökonomische Fehlsteuerungen und Missbrauchsfälle	578
a)	Fehlanreize	578
(1)	Sanierung eines liquidationsreifen Unternehmens	579
(2)	Übertragende Sanierung in concreto vorzugswürdig	583
b)	Denkbare Lösungen	584
(1)	Nach Verfahrensbeendigung zwingend eintretende materielle Insolvenz	585
(2)	Ausgliederungslösung im Rahmen des vorinsolvenzlichen Sanierungsverfahrens	586
c)	Regelungsdeterminanten: Verfassungsrecht und Incentivierung	587
(1)	Systemimmanente Grenzen einer Korrektur: Überleitung nur bei materieller Insolvenz	587

Inhaltsverzeichnis

(2) Wirksame Anreizsetzung versus frühzeitige Beseitigung der Fehlanreize	588
d) Regelungsvorschlag	589
(1) Stärkere Gewichtung der Anreizsetzung für einen frühzeitigen Verfahrenseintritt	589
(2) Tatbestandlich beschränktes Überleitungsrecht des Richters, insbesondere bei Missbrauch	590
(3) Folgefragen eines gerichtlichen Überleitungsrechts	591
e) Vergewisserung: Hinreichende Wahrung der Filterfunktion des Insolvenzrechts	592
3. Bestandsschutz von Restrukturierungsmaßnahmen in der Anschlussinsolvenz	594
a) Rechtsökonomische Begründung eines Bestandsschutzes	595
b) Schutz vor Insolvenzanfechtung	596
(1) Vorsatzanfechtung nach § 133 InsO	596
(2) Rechtshandlungen im Vorfeld des vorinsolvenzlichen Sanierungsverfahrens	598
c) Privilegierungen von Finanzierungsleistungen	599
(1) Haftungsprivilegierung wegen Gefahr der Insolvenzverschleppung?	599
(2) Bevorrechtigte Befriedigung von Sanierungskrediten in der Folgeinsolvenz?	601
(a) Massebegründungskompetenz analog?	604
(b) Errichtung eines Kreditrahmens nach dem Vorbild der §§ 264 ff. InsO	605
d) Privilegierung vom insolvenzrechtlichen Nachrang	606
e) Fazit	608
4. Conclusio: Die Verfahrenselemente im Überblick	608
VI. Verfahrensstrukturelle Einbettung in das geltende Recht und Abwägung	612
1. Aspekte für die Einführung eines vorinsolvenzlichen Sanierungsverfahrens: „Wert und Unwert eines Insolvenzverhütungsverfahrens“	613
a) Erschließung eines höheren Sanierungspotentials	613
(1) Anreize für frühere Einleitung von Sanierungsbemühungen	613

(2) Gestufte Drohkulisse als Anreiz für eine frühzeitigere Auslösung effektiver Restrukturierungen	615
b) Strukturelle Schwächen des Insolvenzverfahrens	615
(1) Stigmatisierung der Insolvenz	615
(2) Möglichkeit von Eingriffen in die Gesellschafterstellung im Insolvenzplanverfahren	617
(3) Adressierung dieser Schwächen über das vorinsolvenzliche Sanierungsverfahren	618
2. Entkräftung der Argumente gegen die Implementierung eines vorinsolvenzlichen Sanierungsverfahrens	621
a) Negative Erfahrungen mit Verfahrensdualismus und Überlegenheit des Einheitsverfahrens	621
b) Gefahr der Entwertung des Insolvenz(plan)verfahrens	623
c) Gefahr der Insolvenzverschleppung	625
d) Gefahr der Übersanierung und (daraus resultierende) Beeinträchtigung der Marktauslesefunktion des Insolvenzrechts	627
e) Gefahr eines Missbrauchs zu sanierungsfremden Zwecken	630
f) Drohende Überregulierung	630
(1) Differenzierung zwischen direkten und indirekten Verfahrenskosten	631
(2) Ergänzendes Verfahrenselement im vorinsolvenzlichen Stadium	633
(3) Regulatorisches Vorbild: KredReorgG	634
(4) Fazit	636
g) Gefahr von Systembrüchen: „schuldner- versus gläubigergetriebenes Verfahren“	636
VII. Rechtspolitische Empfehlungen	638
1. Einführung eines vorinsolvenzlichen Sanierungsverfahrens mit den entwickelten Eckpfeilern	638
2. Abschaffung des Eigenverwaltungsverfahrens in Gestalt des ESUG oder Modifikation?	639
a) (Teilweises) Unterlaufen der intendierten Anreizwirkung durch die §§ 270-270b InsO	639
b) Leistungswirtschaftliche Restrukturierung im (vorläufigen) Eigenverwaltungsverfahren	640
c) Resümee	642

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 7: Zusammenfassende Würdigung und Ausblick 643

Literaturverzeichnis 657

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere(r) Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
a. E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte(r) Fassung
AG	Aktiengesellschaft/Amtsgericht (mit Ortsnamen)/Die Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
All E.R.	All England Law Reports
Alt.	Alternative
a. M.	andere(r) Meinung/am Main
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
arg.	argumentum
art./artt.	article/articles
Art./Artt.	Artikel
Aufl.	Auflage
ausf.	ausführlich(en)
Az.	Aktenzeichen
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAKinso e. V.	Bundesarbeitskreis Insolvenzgerichte e. V.
BB	Betriebs-Berater
B.C.C./BCC	British Company Law Cases
B.C.L.C.	Butterworths Company Law Cases
Bd.	Band
Begr	Begründung
Begr.	Begründer
Beschl.	Beschluss

Abkürzungsverzeichnis

BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BR-Drucks.	Drucksache des Deutschen Bundesrates
BT-Drucks.	Drucksache des Deutschen Bundestages
Bus. L.R.	Business Law Reports
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CA 2006	Companies Act 2006
(CA)	(Court of Appeal)
C.com.	Code de Commerce
CF law	Corporate Finance law
Ch	Chancery
Ch.	Law Reports, Chancery Division
Civ	Civil Division
Co. Law	The Company Lawyer
Co. L.N.	Sweet and Maxwell's Company Law Newsletter
COMI	centre of main interest
CRI	Corporate Rescue and Insolvency
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe(n)
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
DJT	Deutscher Juristentag
DStR	Deutsches Steuerrecht
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
EBOR	European Business Organization Law Review
ECFR	European Company and Financial Law Review
EG	Europäische Gemeinschaft(en)

EGInsO	Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung
Einl.	Einleitung
ESUG	Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen
etc.	et cetera
EU	Europäische Union/European Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuInsVO	Europäische Insolvenzverordnung
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
e. V.	eingetragener Verein
EWCA	England and Wales Court of Appeal
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWHC	England and Wales High Court
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
f.	folgende
ff.	fortfolgende
FK-InsO	Frankfurter Kommentar zur Insolvenzordnung
FMStG	Finanzmarktstabilisierungsgesetz
Fn.	Fußnote(n)
FS	Festschrift
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
grds.	grundsätzlich
GrS	Großer Senat
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
HambKomm-InsO	Hamburger Kommentar zum Insolvenzrecht
HdB/Hdb	Handbuch
HeidKomm-InsO	Heidelberger Kommentar zur Insolvenzordnung
HGB	Handelsgesetzbuch
hrsg.	herausgegeben
Hrsg.	Herausgeber

Abkürzungsverzeichnis

IA 1986	Insolvency Act 1986
IR 1986	The Insolvency Rules 1986
I.C.C.L.R.	International Company and Commercial Law Review
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer
ILLR	International Insolvency Law Review
insb.	insbesondere
InsO	Insolvenzordnung
Insolv. Int.	Insolvency Intelligence
Int. Corp. Rescue	International Corporate Rescue
i. V. m.	in Verbindung mit
J. Fin. Econ.	Journal of Financial Economics
JZ	JuristenZeitung
Kap.	Kapitel
KG	Kommanditgesellschaft
KO	Konkursordnung
KredReorgG	Kreditinstitute-Reorganisationsgesetz
KS-InsO	Kölner Schrift zur Insolvenzordnung
KSzW	Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht
KTS	Zeitschrift für Insolvenzrecht
KWG	Kreditwesengesetz
LBO	Leveraged Buyout
L.F.	Legge Fallimentare
LG	Landgericht
Ls.	Leitsatz
Ltd, Ltd.	Limited
m.	mit
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Mio.	Million(en)
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen
Mrd.	Milliarde(n)
MünchHdb GesR	Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts
MüKo	Münchener Kommentar
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
Nachw.	Nachweise(n)
n. F.	neue(r) Fassung

NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungsreport
No.	Number
Nr.	Nummer(n)
n. v.	nicht veröffentlicht
NWB-BB	Betriebswirtschaftliche Beratung
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für das Recht der Insolvenz und Sanierung
ÖBA	Österreichisches BankArchiv – Zeitschrift für das gesamte Bank- und Börsenwesen
OHG	offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht (mit Ortsnamen)
para.	paragraph
Plc, Plc., plc, plc.	public limited company
pp.	paragraphs
Q.B.	Law Reports, Queen’s Bench Division
r.	rule
RdA	Recht der Arbeit
RefE	Referentenentwurf
RegE	Regierungsentwurf
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RPfIG	Rechtspflegergesetz
Rspr.	Rechtsprechung
Rz.	Randziffer(n)
SAG	Sanierungs- und Abwicklungsgesetz
SchVG	Schuldverschreibungsgesetz
Sec., sec.	Section
Secs., secs.	Sections
S.	Satz/Seite
Sch.	Schedule
s. o.	siehe oben
SpruchG	Spruchverfahrensgesetz
Std.	Stand
u. a.	und andere/unter anderem
UmwG	Umwandlungsgesetz

Abkürzungsverzeichnis

Urt.	Urteil
USA	United States of America
U.S.C.	United States Code
v.	vom/von/vor
Var.	Variante
VersR	Versicherungsrecht
Vgl., vgl.	Vergleiche
VerglO	Vergleichsordnung
Vorb.	Vorbemerkung
VW	Versicherungswirtschaft
weit.	weitere(n)
W.L.R.	Weekly Law Reports
WM	Wertpapiermitteilungen
WPg	Die Wirtschaftsprüfung
WpÜG	Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz
z. B.	zum Beispiel
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZfV	Zeitschrift für Versicherungswesen
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer(n)
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
zust.	zuständig/zustimmend
ZVG	Gesetz über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess

Im Übrigen wird verwiesen auf *Kirchner*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 9. Aufl. 2018.